



Liebe Mitglieder im Bezirk Westfalen,

ich bewerbe mich um Euer Votum für einen vorderen Platz auf der Landesliste für den Bundestag. Ich möchte mich mit meinen Erfahrungen, Kenntnissen und meiner politischen Vernetzung als gesundheitspolitische Sprecherin und seit kurzem als Mitglied des Fraktionsvorstandes auch in der nächsten Wahlperiode einbringen.

Auf die Abgeordneten der nächsten Wahlperiode kommt ein großer Handlungsdruck gepaart mit einer schwierigen finanziellen Lage zu. Der gute Mix zwischen erfahrenen und neuen Mandatsträger*innen wird entscheidend sein dafür, dass wir gut vorbereitet sind, schnell dringende Reformen konsequent angehen zu können. Und dazu kann ich im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik viel beitragen.

Es wird ökologisch und gesamtgesellschaftlich eine sehr entscheidende Wahlperiode werden, denn der Klimawandel schreitet unerbittlich voran und es gilt, keine Zeit mehr zu verlieren. Es schließt sich das Zeitfenster immer weiter, in dem wir durch wirksame Maßnahmen wenigstens das 1,5-Grad-Ziel halten könnten. Unsere Kommunalwahlergebnisse in Stadt und Land haben gezeigt, dass immer mehr Menschen den Ernst der Lage begriffen haben und mit uns an einem Strang ziehen. Sie akzeptieren nicht mehr, dass die Große Koalition sich nicht einmal halbherzig auf den Weg hin zu einer nachhaltigen Politik macht. Viele wissen, dass konsequenter Klimaschutz der einzige Weg ist, um verheerenden Naturkatastrophen, weltweiten Fluchtbewegungen vor Hunger, Dürre oder Überschwemmungen entgegenzuwirken.

Viele Bürger*innen sind ebenso wie wir entsetzt, dass sich die Regierung nicht zu einer humanitären und menschenrechtsorientierten Asyl- und Aufnahmepolitik durchringen kann, obwohl so viele Kommunen in Deutschland und Europa sich bereit erklärt haben, die Zuflucht Suchenden und oft in elenden Flüchtlingslagern feststeckenden Menschen aufzunehmen.

Die Corona-Pandemie hat die enorm hohe gesellschaftliche Bedeutung eines funktionierenden Gesundheitswesens noch einmal verdeutlicht. Und auch hier dürfen wir uns nicht auf eine nationale Sicht zurückziehen, sondern wir müssen die ökonomischen, sozialen, gesundheitlichen und humanitären Herausforderungen gemeinsam und solidarisch bewältigen und nach Lösungen suchen.

Deshalb müssen wir den kommenden Bundestagswahlkampf nutzen, um vehement für einen grünen Aufbruch zu streiten hin zu einer sozial-ökologischen Transformation. Unsere Art zu wirtschaften und zu leben muss sich ändern, auf kommunaler, nationaler und globaler Ebene. Es gilt, gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden, um politische Mehrheiten für diesen Wandel zu erringen.

Zugleich müssen wir die Menschen mitnehmen, denen solche Veränderungen Angst machen, auch diejenigen, die zu Recht fürchten, dass sie Verlierer*innen im Umbruch sein könnten. Wir müssen klarstellen, dass die Menschen sich auf ein demokratisches, funktionsfähiges Gemeinwesen verlassen können, das sie verlässlich vor Armut schützt, ihnen Teilhabemöglichkeiten schafft und eine gute Versorgung bei Krankheit, Pflegebedarf und existentiellen Krisen sicherstellt. Dieses Vertrauen ist in den letzten Jahren sehr brüchig geworden, viele Menschen fühlen sich an den Rand gedrängt oder sorgen sich ob jemand da ist, wenn sie krank oder pflegebedürftig sind. Dieses Vertrauen in ein starkes solidarisches Gemeinwesen gilt es zurückzugewinnen. Für mein Politikfeld, den für die

Daseinsvorsorge so wichtigen Bereich des Gesundheitswesens, heißt dies, belastbare und gerechte Antworten zu liefern auf die Herausforderungen des demografischen Wandels, den Fachkräftemangel und die zunehmende Ökonomisierung im gesamten Gesundheitswesen sowie für eine nachhaltige und gerechte Finanzierung zu sorgen.

Auch wenn wir in Deutschland ein vergleichsweise gutes Versorgungssystem haben, gibt es in einigen Bereichen wie zum Beispiel in der Geburtshilfe, bei der Versorgung von Kindern, im Zugang zu Fachärzten massive Versorgungslücken. Gerade in ländlichen und strukturschwachen Gebieten gibt es große Probleme Nachfolger*innen zu finden, wenn Ärzt*innen in Rente gehen. Menschen mit einer psychischen Erkrankung warten oft monatelang auf einen Therapieplatz. Schwangere finden keine Hebamme, Menschen mit Behinderung, Familien mit Kindern mit Behinderung stoßen vielfach auf große Hürden und Barrieren oder müssen genauso wie viele chronisch Erkrankte erhebliche Zuzahlungen für Medikamente und Hilfsmittel leisten. Verhütung scheitert für viele am Geld, in manchen Gegenden gibt es weit und breit kein ambulantes Angebot für den Schwangerschaftsabbruch. Flüchtlinge, Wohnungslose, EU-Bürger*innen und Menschen ohne Papiere finden kaum oder haben gar keinen Zugang zu einer sicheren gesundheitlichen Versorgung. Viel zu lange schon fehlt die Anerkennung und Wertschätzung für die Gesundheits- und Pflegeberufe, belastende Arbeitsbedingungen im Verbund mit schlechter Bezahlung haben die Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen vertrieben. In der Altenpflege besteht ein regelrechter Personalnotstand. In der Pandemie waren es erneut die Pflegekräfte, die Hebammen, die therapeutischen Berufe und die Menschen in der Behindertenhilfe, die als letzte mit Schutzmaterialien ausgestattet wurden.

Gerade jetzt in der Pandemie zeigt sich, wie weit Deutschland bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens zurückliegt. Dabei kann diese den Wissenstransfer und die Forschung, die berufsgruppenübergreifende Versorgung, die Patient*innen in ihrer informierten Entscheidung stärken. All diese Potentiale gilt es unter Wahrung der informationellen Selbstbestimmung und des Datenschutzes zu heben. Dabei muss es um einen konkreten Nutzen für die Menschen gehen, digitale Hilfsmittel dürfen nicht den persönlichen Kontakt in der Pflege ersetzen und die Menschen müssen bei den Digitalisierungsprozessen von vornherein einbezogen sein.

Zu all diesen Fragen habe ich in den vergangenen Jahren intensiv gearbeitet und in konkreten Punkten trotz Oppositionsrolle einiges beeinflussen können. Parallel habe ich unsere Reformkonzepte für eine gute, zukunftsfeste Versorgung und Finanzierung vorangetrieben und soweit konkretisiert, dass sie jetzt umsetzungsreif ausformuliert sind und praktische Politik werden können.

Noch vor ein paar Wochen habe ich gemeinsam mit meinen Fachkolleginnen ein umfangreiches Papier vorgelegt, wie die mehr als überfällige Reform der Krankenhausversorgung und -finanzierung gemeinsam mit den Ländern so angegangen werden kann, dass Patientenorientierung, Qualität und Verlässlichkeit gewährleistet sind. Das ist insbesondere für den ländlichen Raum von großer Bedeutung. In der Pandemie habe ich beharrlich dafür gekämpft, dass der Schutzschirm für das Gesundheitswesen nicht auf die Krankenhäuser und Ärzteschaft beschränkt bleibt, sondern darauf hingewirkt, dass die Pflege, die therapeutischen Berufe und alle Einrichtungen einbezogen werden, die sich um die besonders schutzbedürftigen Patient*innengruppen kümmern.

Ganz konkret möchte ich in den nächsten vier Jahren folgende Großprojekte voranbringen:

- Mit der Bürgerversicherung endlich auch die Gutverdienenden in die solidarische Finanzierung von Gesundheit und Pflege einbeziehen und damit die Kosten für alle bezahlbar halten
- Die Krankenhausfinanzierung so ausgestalten, dass jedes bedarfsnotwendige Krankenhaus verlässlich und qualitativ gut arbeiten kann

- Einen inklusiven Aktionsplan Gesundheit, der Barrieren und Belastungen abbaut und Versorgungslücken von Menschen mit Behinderung schließt
- Geschlechter- und Gendergerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung und -forschung, Versorgungssicherheit in der Geburtshilfe und beim Schwangerschaftsabbruch herstellen, Verhütung kostenfrei zugänglich machen und Frauenquote durchsetzen
- In Gesundheitsregionen eine gut abgestimmte Versorgung von chronisch kranken Menschen durch die berufsgruppenübergreifende Zusammenarbeit stärken und die Pflege- und Gesundheitsfachberufe aufwerten
- Aktionsprogramm Klima und Gesundheit, um den Gesundheitsschutz gegen Folgen des Klimawandels und der Luftverschmutzung auszubauen (Hitzeschutz etc.)

Der Schlagzeilen getriebene Aktionismus von Gesundheitsminister Spahn war extrem teuer, hat vorrangig Lobbyinteressen bedient und die wirklich drängenden Probleme im Gesundheitswesen dagegen nicht angepackt. Der Minister hinterlässt dem neuen Bundestag eine 16 Milliarden schwere Deckungslücke. Das ist in etwa die Situation, die vor der Agenda2010 bestand und dann zu tiefen Einschnitten ins Sozialsystem führte. Man hat damals den Irrweg hin zur Schaffung eines Niedriglohnsektors, von Sozialabbau und vielen Deregulierungen für die Kapitalmärkte gewählt. Die Unionsparteien, allen voran ein Friedrich Merz, möchten diesen Weg heute wieder bestreiten.

Dem müssen wir unsere Vorstellungen einer sozial-ökologischen Transformation entgegenstellen. Dies kann nur gelingen, wenn wir für mehr Gerechtigkeit sorgen – innerhalb Deutschlands und weltweit. Das gilt für den Zugang zu einem guten Gesundheitssystem für alle, für gute Startbedingungen von Anfang an, gute Kitas und Schulen, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit und den nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen. Wir brauchen ein funktionsfähiges Gemeinwesen, das Teilhabe für alle ermöglicht und den und die Einzelne zum eigenverantwortlichen Handeln befähigt – ganz egal wo man lebt.

Deshalb möchte ich meine Erfahrung, meine Kraft und mein Engagement auch in die kommende Bundestagsfraktion einbringen. Bisher waren Friedrich Ostendorf und ich Eure Vertreter*innen aus dem Bezirk Westfalen im Bundestag. Ich hoffe, dass wir in der kommenden Wahlperiode weit mehr MdB stellen können. Ich will durch einen engagierten Wahlkampf alles geben, um aus guten Umfragewerten echte Wahlergebnisse zu machen.

Ich bitte Euch um Euer Vertrauen und euer Votum für einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste für die kommende Wahlperiode. Der KV Münster hat mir vor kurzem das Votum für die Landesliste und die Direktkandidatur für den Wahlkreis Münster gegeben.

Eure
Maria Klein-Schmeink

Zu mir:

62 Jahre, verheiratet, 1 Tochter. Aufgewachsen als zweites von sechs Kindern auf einem kleinen Bauernhof im westlichen Münsterland. Von 1977 bis 1984 Studium der Soziologie, Politikwissenschaften und Pädagogik in Münster und mit Magister abgeschlossen. Anschließend war ich fast 20 Jahre in der Erwachsenenbildung tätig, u.a. in leitender Funktion. In drei Ratsperioden habe ich seit 1993 die Grüne Kommunalpolitik in Münster maßgeblich mitgestaltet, u.a. im Fraktionsvorstand und als Fraktionssprecherin. Von 2002 bis 2009 Referentin für Arbeit, Soziales und Gesundheit, später für Kommunalpolitik und Arbeitsmarktpolitik in der Grünen NRW-Landtagsfraktion.

Seit 2009 Bundestagsabgeordnete. Seither ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und seit 2013 Sprecherin für Gesundheitspolitik. Seit November 2020 stellvertretende Fraktionsvorsitzende.